

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 23 | 10.06.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 66/2022](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesfinanzrahmengesetz** 2022 bis 2025 und das **Bundesfinanzgesetz** 2022 geändert werden (budgetäre Maßnahmen im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine und der damit assoziierten Sanktion gegen Russland)

[BGBl I 67/2022](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gaswirtschaftsgesetz** 2011 (GaswirtschaftsG 2011) geändert wird (Einführung von Market Makern zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit als Erweiterung des Instrumentariums zur Beschaffung von Ausgleichsenergie)

[BGBl I 68/2022](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Energielenkungsgesetz** 2012 (EnergielenkungsG 2012) geändert wird (Schutz vor staatlichem Zugriff von gespeichertem Gas im Ausmaß von 50% des Jahresverbrauchs)

[BGBl I 69/2022](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Börsegesetz** 2018, das **Wertpapieraufsichtsgesetz** 2018 und das **Kapitalmarktgesetz** 2019 geändert werden (Lockerung der Informationspflicht für Geschäfte mit professionellen Kunden und geeigneten Gegenparteien; elektronische Kommunikation zwischen Wertpapierfirma und Kunden)

[BGBl II 210/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zum Übergang eines Zins- und EBITDA-Vortrags (**Zinsvortrags-Übergangsverordnung** – Zinsvortrags-ÜbergangsVO)

[BGBl II 211/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend Verbrauchsteuerermäßigungen für kleine unabhängige Erzeuger alkoholischer Getränke (**Kleinerzeuger-VerbrauchsteuerermäßigungsVO**)

[BGBl II 212/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über Lenkungsmaßnahmen für feste und flüssige Energieträger (**Energie-Lenkungsmaßnahmen-Verordnung Erdöl**)

[BGBl II 213/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Luftverkehrsregeln** 2014 geändert werden

[BGBl III 81/2022](#)

Vereinbarung zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich **Großbritannien und Nordirland** über die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des **Europäischen Auslieferungsübereinkommens** auf Gibraltar

[BGBl III 87/2022](#)

Verlängerung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der **Mongolei** über die **finanzielle Kooperation**

[BGBl III 88/2022 \(Anlage\)](#)

Protokoll zur **Änderung des Seeverkehrsabkommens** zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Regierung der **Volksrepublik China** andererseits

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 152 v 03.06.2022, 1](#)

Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724 (**Daten-Governance-Rechtsakt**)

[ABI L 152 v 03.06.2022, 45](#)

Verordnung (EU) 2022/869 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 zu **Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur**, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 715/2009, (EU) 2019/942 und (EU) 2019/943 sowie der Richtlinien 2009/73/EG und (EU) 2019/944 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 347/2013

[ABI L 152 v 03.06.2022, 103](#)

Verordnung (EU) 2022/870 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über vorübergehende Maßnahmen zur **Liberalisierung** des Handels in Ergänzung der **Handelszugeständnisse für ukrainische Waren** im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits

[ABI L 152 v 03.06.2022, 109](#)

Beschluss (EU) 2022/871 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 zur Änderung der Entscheidung 2003/17/EG des Rates hinsichtlich ihrer Geltungsdauer und hinsichtlich der Gleichstellung von **Feldbesichtigungen** von **Getreidesaatgutvermehrungsbeständen** und **Öl- und Faserpflanzensaatgutvermehrungsbeständen** in Bolivien sowie der Gleichstellung von in Bolivien erzeugtem Getreidesaatgut sowie Öl- und Faserpflanzensaatgut

[ABI L 155 v 08.06.2022, 1](#)

Richtlinie (EU) 2022/890 des Rates vom 3. Juni 2022 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Verlängerung des Anwendungszeitraums der **fakultativen Umkehrung der Steuerschuldnerschaft** bei Lieferungen bestimmter **betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen** und des Schnellreaktionsmechanismus gegen Mehrwertsteuerbetrug

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

28.04.2022, [Ra 2019/06/0258](#)

Tir BauO; nach § 46 Abs 1 Tir BauO ist ein Auftrag zur Beseitigung von **konsenslosen Baulichkeiten** dem Eigentümer der Baulichkeit zu erteilen, und zwar unabhängig davon, wer die Herstellung vorgenommen hat; nach st Rsp des VwGH zu Bauaufträgen, die an den Eigentümer eines Bauwerks zu richten sind, ist die **Feststellung der Eigentumsverhältnisse** eine bei Erlassung dieses Bauauftrags zu beachtende zivilrechtliche Vorfrage; in diesem Fall liegt keine Identität der Sache vor, weil es hier nicht darauf ankommt, dass ein Bauauftrag für das Wohnhaus bereits erteilt wurde, sondern darauf, ob der Bauauftrag an alle in Frage kommenden (Mit-)Eigentümer erteilt wurde, was eine Auseinandersetzung mit der zivilrechtlichen Vorfrage der Eigentumsverhältnisse am Haus voraussetzt

04.05.2022, [Ra 2020/06/0105](#)

AVG; das LVwG ging ggst von wirksamen **Ersatzzustellungen** an die Mutter des Rechtsvorgängers des Rw im Hinblick auf die Ladung zur mündlichen Bauverhandlung und auf den Baubewilligungsbescheid aus, weil diese zwar in getrennten Wohneinheiten, aber im selben Haus wie ihr Sohn wohnte; diese Auffassung ist aber mit der Vorschrift des § 23 Abs 1 AVG, wonach, wenn der Empfänger in der Wohnung nicht angetroffen wird, an jeden daselbst befindlichen, dem Zusteller bekannten erwachsenen Angestellten oder zur Familie gehörigen Hausgenossen des Empfängers zugestellt werden kann, nicht vereinbar, weil ein Wohnen in demselben Haus, jedoch in getrennten Wohneinheiten, für eine Ersatzzustellung nicht genügt

09.05.2022, [Ra 2019/06/0047](#)

VermessungsG; eine Berichtigung des **Grenzkatasters** nach § 13 Abs 1 VermessungsG ist lediglich aus formellen Gründen möglich und setzt daher voraus, dass die Einverleibung entweder mit ihrer Grundlage nicht in Einklang steht oder die Einverleibung „fehlerhaft“ ist, wobei die Quelle des Fehlers eine sonstige – nicht näher bezeichnete – Unrichtigkeit sein kann; die Vermessungsbehörde ist iRe **Berichtigungsverfahren** nach § 13 leg cit nicht befugt, die (materielle) Richtigkeit der Grundlage zu überprüfen; sofern die in der Natur festgelegten Grenzpunkte durch die in Rede stehende Berichtigung in der Natur keine Veränderung erfahren haben und lediglich ein technisch richtiger und § 3 leg cit entsprechender Anschluss an das (im betreffenden Vermessungsgebiet teils inhomogene) Festpunktfeld herzustellen sei, liegt eine (bloß) formelle Richtigstellung der Koordinatenwerte der Grenzpunkte vor

10.05.2022, [Ra 2020/05/0256](#)

AVG; die **zivilrechtliche Klage** des Rw ist auf eine Leistung, nämlich die teilweise Entfernung einer Garage und die Wiederherstellung des vorherigen Zustands, nicht jedoch auf eine Feststellung des (Mit-)Eigentums des Rw an der baulichen Anlage gerichtet; solange das Gericht nicht als Hauptfrage über die Frage des allfälligen (Mit-)Eigentums des Rw an der Garage spricht, sondern die Frage der Eigentumsverhältnisse nur im Zusammenhang mit einer anderen Hauptfrage vorfrageweise beurteilt, ist die Verwaltungsbehörde bzw das VwG gem § 38 AVG berechtigt und in Ermangelung eines anhängigen (Feststellungs-)Verfahrens über diese Vorfrage auch verpflichtet, diese **privatrechtliche Vorfrage** nach der über die maßgebenden Verhältnisse gewonnenen **eigenen Anschauung** zu beurteilen und diese Beurteilung ihrer bzw seiner Entscheidung zugrunde zu legen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Tir 23.05.2022, [LVwG-2021/37/2880-6](#)

COVID-19-MG; durch die Erlassung des auf COVID-19-MG gestützten **Betretungsverbots für Gastgewerbebetriebe** ist die auf das EpidemieG gestützte Schließung von Betriebsstätten des Gastgewerbes nicht mehr anzuwenden; der Gesetzgeber verfolgt mit der Schaffung des COVID-19-MG auch das Anliegen, **Entschädigungsansprüche** im Fall einer Schließung von Betriebsstätten nach dem EpidemieG auszuschließen; mangels Anwendbarkeit des leg cit können daher auch Entschädigungsansprüche nicht auf § 32 Abs 1 Z 5 leg cit gestützt werden

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[09.06.2022, Rs C-599/20, Baltic Master](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Zollkodex der Gemeinschaften – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 29 – **Ermittlung des Zollwerts** – Transaktionswert – Art 29 Abs 1 Buchst d – **Begriff ‚verbundene Personen‘** – Art 31 – Heranziehung von Informationen aus einer nationalen Datenbank zum Zweck der Ermittlung des Zollwerts – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 143 Abs 1 Buchst b, e und f – Situationen, in denen Personen als verbunden gelten – Art 181a – Begründete **Zweifel an der Richtigkeit** des angegebenen Preises

[09.06.2022, Rs C-55/21, Imperial Tobacco Bulgaria](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Verbrauchsteuern – Richtlinie 2008/118/EG – Art 11 – **Erstattung** der Verbrauchsteuer auf **verbrauchsteuerpflichtige Waren**, die in den steuerrechtlich freien Verkehr überführt worden sind – Richtlinie 2011/64/EU – Art 17 Abs 1 Buchst b – Erstattung der bereits mittels Steuerzeichen entrichteten Verbrauchsteuer auf **Tabakwaren**, die unter behördlicher Aufsicht vernichtet worden sind – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, eine Regelung über die Erstattung der Verbrauchsteuern für in den steuerrechtlich freien Verkehr überführte und unter zollbehördlicher Aufsicht vernichtete Tabakwaren zu erlassen – Fehlen

[09.06.2022, Rs C-187/21, FAWKES](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Zollkodex der Gemeinschaften – Art 30 Abs 2 Buchst a und b – Zollwert – Bestimmung des **Transaktionswerts gleichartiger Waren** – Von der nationalen Zollbehörde **eingerrichtete und betriebene Datenbank** – Datenbanken, die von den Zollbehörden der anderen Mitgliedstaaten und von den Dienststellen der Europäischen Union eingerichtet und betrieben werden – Gleiche oder gleichartige Waren, die ‚zu demselben oder annähernd demselben Zeitpunkt‘ in die Union ausgeführt werden

B. SCHLUSSANTRÄGE

[09.06.2022, Rs C-530/20, EUROAPTIEKA \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Humanarzneimittel – **Werbung für Arzneimittel** – Werbung, die den Kauf von Arzneimitteln durch den Hinweis auf ihren Preis fördert – **Sonderverkäufe** oder Verkäufe zusammen mit anderen Arzneimitteln, einschließlich zu einem reduzierten Preis, oder anderen Waren

[09.06.2022, Rs C-64/21, Riqall Arteria Management \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 86/653/EWG – Art 7 Abs 1 Buchst b – **Selbständige Handelsvertreter** – Vergütung – **Anspruch auf Provision** im Hinblick auf Geschäfte, die während des Vertragsverhältnisses mit Kunden abgeschlossen wurden, die vom Handelsvertreter bereits vorher für **Geschäfte gleicher Art** geworben worden waren – Zwingende oder nicht zwingende Regelung – Möglichkeit, durch Vertrag davon abzuweichen

[09.06.2022, Rs C-154/21, Österreichische Post \(Informations relatives aux destinataires de données personnelles\) \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 15 Abs 1 Buchst c – **Auskunftsrecht der betroffenen Person** – Auskunft über den konkreten Empfänger oder über die Kategorien der Empfänger, denen gegenüber die Daten offengelegt wurden

[09.06.2022, Rs C-243/21, TOYA \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Telekommunikation – Richtlinie 2014/61/EU – Art 3 – Befugnis der nationalen Regulierungsbehörde, einem **Betreiber ohne beträchtliche Marktmacht** Bedingungen für den Zugang zur **physischen Infrastruktur** aufzuerlegen – Fehlen eines Rechtsstreits über den Zugang – Art 1 Abs 3 – Mindestharmonisierung

[09.06.2022, verb Rs C-383/21 u C-384/21, Sambre & Biesme \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2014/24/EU – **Öffentliche Aufträge** – Dienstleistungen, Bauarbeiten und Baubetreuung – **„In-House“-Übertragung** – „In-House“-Einrichtung, die von mehreren öffentlichen Auftraggebern gemeinsam kontrolliert wird – Anwendbarkeit der Richtlinie

C. GERICHT

[08.06.2022, Rs T-433/21, Vitronic/EUIPO \(Enforcement Trailer\)](#)

Unionsmarke – Anmeldung der Unionswortmarke **Enforcement Trailer** – Absolute Eintragungshindernisse – **Beschreibender Charakter** – Art 7 Abs 1 Buchst b und c der Verordnung (EU) 2017/1001 – Art 7 Abs 2 der Verordnung 2017/1001

[08.06.2022, Rs T-744/21, Medela/EUIPO \(MAXFLOW\)](#)

Unionsmarke – Anmeldung der Unionswortmarke **MAXFLOW** – Absolutes Eintragungshindernis – **Beschreibender Charakter** – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EU) 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

02.06.2022, Beschwerde Nr [38967/17](#), H.M. ua / Ungarn

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); **Verletzung von Art 5 Abs 1 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Verletzung von Art 5 Abs 4 EMRK** (Recht auf rasche gerichtliche Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Inhaftierung); Inhaftierung einer irakischen Familie in Transitzone zw Ungarn und Serbien nach Flucht aus Irak; Verletzung aufgrund von Bedingungen, denen Mutter und Kinder während des viermonatigen Aufenthalts in Transitzone ausgesetzt waren; Verwendung von Handschellen und Leine für Vater, als er seine schwangere Frau ins Krankenhaus begleitete nicht gerechtfertigt; rechtswidriger faktischer Freiheitsentzug in Transitzone; Unmöglichkeit, die Rechtmäßigkeit der Inhaftierung gerichtlich überprüfen zu lassen

07.06.2022, Beschwerde Nr [42713/15](#), Patrício Monteiro Telo de Abreu / Portugal

Verletzung von Art 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung); Verurteilung des Bf zu Geldstrafe und Schadenersatz wegen schwerer Verleumdung eines Gemeinderatsmitglieds aufgrund Veröffentlichung von drei von einem Künstler gezeichneten Karikaturen in einem von ihm betriebenen Blog; Kontext, in dem der Bf die Karikaturen veröffentlicht hatte, wurden nicht ausreichend berücksichtigt; keine gründliche Abwägung zw den betroffenen Rechten; Besonderheiten der politischen Satire nicht berücksichtigt; unverhältnismäßige Sanktion

07.06.2022, Beschwerde Nr [32401/10 ua](#), Taganrog LRO ua / Russland

Verletzung von Art 9 EMRK (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit), **Art 10 EMRK** (Meinungsfreiheit), **Art 11 EMRK** (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) im Lichte von Art 9 oder 11; **Verletzung von Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) sowie **Verletzung von Art 1 1. ZPEMRK** (Schutz des Eigentums); Maßnahmen, die der Staat über zehn Jahre ge-

gen die religiösen Organisationen der Zeugen Jehovas in Russland ergriffen hat; Definition von „Extremismus“ im russischen Recht zu weit gefasst und zur Verfolgung missbraucht

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.